

Bürgermeister Dr. Weiskirchner über innerpolitische und Approversionsfragen.

Unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters
Kain fand gestern eine sehr gut besuchte Ver-
sammlung des Deutschen Bezirkswahlvereines Josef-
stadt in Saale des Deutschen Schulvereines statt.
Bürgermeister Dr. Weiskirchner führte als
Redner aus: Nach der unvermeidlichen Sommer-
pause soll wieder das Versammlungslieber der
Partei in den Vordergrund der Erscheinungen
treten. Vor allem danke ich dem Vizebürgermeister
und den Mandatären der Partei für ihre auf-
richtige Freundschaft und treue, unentwegte Mit-
arbeit. Ich danke den Frauen, welche mit Auf-
opferung der Kriegsfürsorge obliegen und außer-
günstige Einrichtungen geschaffen haben. Ich
gedenke der pflichttreuen städtischen Beamtenschaft
und der bewährten Lehrer, deren Pflichtkreis im
Sturme des Weltkrieges sich erweitert und deren
Treu und Hingebung an die Interessen der
Allgemeinheit sich glänzend erwiesen haben. Ich
gedenke aber auch der gesamten städtischen Arbeits-
schaft, ob sie nun im Verkehrs- oder Belichtungswesen
oder in andern Betrieben ihre Tüchtigkeit
und Opferwilligkeit an den Tag gelegt hat.

Das Parlament ist eröffnet, und eine neue
Regierung hat sich den Bürgern Österreichs vor-
gestellt. Die Rede des Ministerpräsidenten
ist wie eine kombinierte Rundfahrt durch alle Ressorts
der österreichischen Staatsverwaltung. In der
Rede als aufrichtiges Programm zu einer groß-
zügigen, weitanschauenden Wirtschaftspolitik, und
mit Dank begrüße ich, daß auch viele Forderungen
unserer Partei, die wir seit Jahren erheben, in dieser
Rede registriert erscheinen. Unwillkürlich drängt sich
aber die Frage auf, warum die Erledigung solcher
hochwichtiger wirtschaftlicher Forderungen seit
Jahren ausständig ist. Hat es nicht auch vor dem
Kabinett Seidler österreichische Regierungen gegeben,
welche sich zu einem solchen Wirtschaftsprogramm
bekannt, und warum ist es diesen nicht gelungen, ihr
Programm zu erfüllen? Wer auf 20 Jahre
politisches Leben zurückblickt, muß die Schuld an dem
Verhältnissen unserm Parlament zuschreiben; was
nißt ein noch so glänzendes und noch so aus-
sagevolles wirtschaftliches Programm, wenn es nicht
gelingt, die Vertreter der Völker Österreichs auf
einer Plattform zur gemeinsamen Arbeit
zu führen.

Es ist nicht zu leugnen, daß gerade bezüglich
dieser Möglichkeit Angaben in der Rede des Mini-
sterpräsidenten fehlen. Wie denkt Herr Dr. v. Seidler
über die künftige Stellung der Deutschen in Öster-
reich, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß im
österreichischen Parlament von föderativer Souve-
ränität gesprochen werden konnte. Sollen an Stelle
der autonomen Landtage wirklich Kreisregie-
rungen mit ernannten Kreishauptmännern treten?
Wie denkt Herr Dr. v. Seidler über die von den
Sozialdemokraten angeordnete Wahlreform in
den Gemeinden? Diese und andere für uns
Deutsche hochwichtige Fragen wurden nicht berührt,
aber gerade über diese wollen wir Bescheid wissen.
Immer wieder tauchen die Gerüchte über die Be-
schränkung der Autonomie auf. Welche
Männer von unsern Hochschulen schreiben über
die Nachteile und Schäden unserer autonomen Ver-
waltung. Grau ist alle Theorie — wie steht es da im
der Wirklichkeit? Haben nicht die Landtage unserer
deutschen Kronländer, haben nicht Wien und die
andern deutschen Gemeinden ihre Pflicht erfüllt?
Haben nicht diese Verwaltungen weit über ihren ge-
setzlichen Wirkungsbereich hinaus vorbildliche Ein-
richtungen getroffen, welche der Allgemeinheit dienen?
Meine Ueberzeugung ist, daß nur in Freiheit den-
kendes Bürgerium und deutsche Arbeit blühen können.
Was nißt das Schlagwort von der Demokratisierung,
und wem dient es, wenn die Autonomie eingeschränkt
wird. Groß sind die Entbehrungen, die wir alle
tragen. Wir sind aber noch nicht geistig so unter-
einigt, daß wir nicht den Kampf um die Freiheit
unserer Verwaltung bis zum Neuesten führen werden.
Mit banger Sorge blicken wir daher aus einer
schweren Gegenwart, in eine unsichere Zukunft.

Mehr als drei entbehrungsreiche Kriegsjahre
haben wir durchgehalten. Eine Fülle von Verord-
nungen haben die wechselnden Regierungen über
uns geschüttet. Die Verantwortung für den über-
tragenen Wirkungsbereich der Gemeinde ist kaum zu
fragen. Die Gesetze und Verordnungen belasten die
Gemeinden mit ihrer schwierigen Durchführung, was
in den Augen der Bevölkerung ist vielfach der Fall.
Schuldig, welcher blüht nicht derjenige, welcher
ordnet.

Der Bürgermeister beschränkt sich auf die Besprechung der Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung.

70